

Gemeinderat zieht die Notbremse – Bürgermeister will Windpark trotzdem durchdrücken



Laberweinting. Der Gemeinderat Laberweinting hat in seiner jüngsten Sitzung dem geplanten Windpark der Firma Primus vorerst eine klare Absage erteilt. Und das aus gutem Grund: Solange die Begutachtung zur sogenannten „Umzingelung“ der Ortschaft Franken fehlt, wäre jede Zustimmung nichts anderes als ein Blindflug auf Kosten der Bürger. Viele Räte wollen nicht länger mit vagen Zusicherungen abgespeist werden, sondern endlich schwarz auf weiß wissen, ob Franken am Ende optisch und räumlich eingekreist wird.

Was hier entschieden wird, ist eben nicht irgendein Verwaltungsvorgang. Es geht um Lebensraum, Ortsbild, Ruhe, Eigentum und Heimat – und um die Frage, ob die Gemeinde geführt oder überfahren wird.

„Erst prüfen, dann entscheiden“ – der Gemeinderat zeigt mehr Verantwortung als das Rathaus

Im Gremium wächst die Überzeugung, dass die geplanten Anlagen das Landschaftsbild nicht „ein bisschen“, sondern grundlegend verändern könnten. Vor allem die Nähe zur Ortschaft Franken sorgt für Unruhe. Denn „Umzingelung“ bedeutet im Klartext: Windräder nicht irgendwo am Horizont, sondern als dauerhafte Dominanz im Blickfeld – morgens beim Kaffee, abends im Wohnzimmer, beim Spaziergang, bei jedem Blick aus dem Fenster.

Mehrere Gemeinderäte sehen genau darin die rote Linie: Wer so tief in den Alltag eines Ortes eingreift, muss vorher eindeutig belegen, was das konkret bedeutet. Alles andere wäre politisch bequem – und für die Betroffenen schlicht unfair.

Bürgermeister Grau: „Einmal Ja, immer Ja“ – das klingt nicht nach Führung, sondern nach Starrsinn

Bürgermeister Johann Grau (Johann Grün) stellt sich weiterhin klar hinter das Projekt. Sinngemäß erklärt er: Wenn er einmal „Ja“ sagt, dann bleibt es bei diesem „Ja“. Das mag als Konsequenz verkauft werden – wirkt aber auf viele wie das genaue Gegenteil von verantwortungsvollem Handeln.

Denn wer so argumentiert, sagt im Grunde: Neue Informationen spielen keine Rolle. Bedenken sind lästig. Kritik ist zweitrangig. Genau dieser Ton stößt auf. Eine Gemeinde ist kein Privatunternehmen und ein Bürgermeister kein Projektmanager, der „sein Ding“ durchzieht. Politik muss nachjustieren dürfen, wenn Fakten fehlen oder Risiken offensichtlich sind. Wer das nicht akzeptiert, verwechselt Standhaftigkeit mit Uneinsichtigkeit.

Und es drängt sich eine unangenehme Frage auf: Will der

Bürgermeister das Projekt prüfen – oder will er es durchbekommen?

Bürger fühlen sich nicht ernst genommen – die Sorgen sind konkret, nicht „emotional“

Kritik kommt aus Teilen der Bevölkerung und von einzelnen Gemeinderäten, die dem Bürgermeister vorwerfen, die Risiken kleinzureden oder wegzuschieben. Die Befürchtungen sind seit Monaten dieselben – und sie verschwinden nicht, nur weil man sie im Sitzungssaal knapp abmoderiert:

- 01. Lärmbelastung und eine dauerhafte Geräuschkulisse, die man nicht „wegdenken“ kann**
- 02. Schattenwurf und damit Einschränkungen im Alltag**
- 03. Massive Veränderung des Landschaftsbildes, die den Charakter des Ortes dauerhaft prägt**
- 04. Der Eindruck, dass am Ende die Anwohner zahlen – mit Lebensqualität, mit Nerven, mit Akzeptanz**
- 05. Werteverlust der eigenen Immobilien**

Für viele Menschen in Franken ist das keine abstrakte „Energiewende“-Debatte. Das ist die Frage: Wie lebt es sich hier in fünf oder zehn Jahren – und wer übernimmt Verantwortung, wenn es schiefgeht?

Energiewende als Totschlagargument? So einfach ist es nicht.

Natürlich lässt sich Windkraft mit großen Worten verteidigen: Klima, Zukunft, Versorgung. Nur: Große Ziele rechtfertigen nicht jede lokale Zumutung. Wer die Energiewende ernst meint, muss sie so gestalten, dass sie nicht als Projekt wahrgenommen wird, das man Gemeinden überstülpt, während man Kritik als Störung behandelt.

Wenn der Bürgermeister das Projekt wirklich verantworten will,

dann müsste er gerade jetzt für maximale Transparenz sorgen: klare Abstände, nachvollziehbare Visualisierungen, verbindliche Grenzwerte, echte Bürgerbeteiligung – und nicht der Reflex „Ich habe schon Ja gesagt“.

Wie geht es weiter?

Alles hängt nun am ausstehenden Gutachten zur „Umzingelung“. Erst danach soll erneut beraten werden. Bis dahin bleibt der Eindruck: Der Gemeinderat bremst, weil er hinschauen will. Der Bürgermeister drückt, weil er nicht zurückrudern will.

Und genau das ist der Kern der aktuellen Stimmung in der Gemeinde: Nicht nur die Windräder spalten – sondern der Umgang mit den Menschen, die am Ende damit leben müssen.